[GE] Rundfunkgesetz geändert

IRIS 2011-10:1/22

Andrei Richter
Comenius Universität (Bratislava)

Das georgische Gesetz „über den Rundfunk“ vom 23. Dezember 2004 (siehe IRIS 2005-7/24) ist vor kurzem in verschiedenen wichtigen Punkten geändert worden.

Die erste Gruppe von Änderungen wurde am 8. April 2011 vom Parlament verabschiedet und am 2. Mai 2011 verkündet (Gesetz Nr. 4525). Artikel 37 des Rundfunkgesetzes verbietet in der geänderten Fassung, dass eine Rundfunklizenz von einer juristischen Person gehalten wird, die in einer Offshore-Zone registriert ist und/oder deren Anteile mittelbar oder unmittelbar einer in einer Offshore-Zone registrierten Person gehören. Zudem verpflichtet der neu aufgenommene Artikel 37-1 Lizenzbewerber , Informationen über die Eigentümer, Verwaltungsratsmitglieder und Geschäftsführer der Gesellschaft offenzulegen, um zu beweisen, dass es sich bei den Bewerbern oder ihren Begünstigten nicht um juristische Personen handelt, denen das Halten von Rundfunklizenzen verboten ist. Durch die Änderungen werden auch mehr Informationen über die Rundfunkveranstalter und die Lizenzvergabestelle online verfügbar gemacht.

Eine weitere Gruppe von Änderungen, die am 19. April 2011 verabschiedet und am 5. Mai 2011 verkündet wurde (Gesetz Nr. 4546), gewährt den Rundfunkveranstaltern mehr Werbezeit und häufigere Werbeunterbrechungen. Auch die Dauer der Werbeunterbrechungen, z. B. in Nachrichtensendungen oder Programmen zum Zeitgeschehen, wird von 120 auf 300 Sekunden erhöht. Die Änderungen stellen die Bestimmungen der Artikel 63 und 64 zu Werbung und Teleshopping klar und sollen bestimmte Normen des nationalen Rundfunkrechts an die EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste anpassen.

მაუწყებლობის შესახებ“ საქართველოს კანონში დამატებებისა და ცვლილებების შეტანის თაობაზე

http://www.parliament.ge/

Gesetze „Über Änderungen und Ergänzungen des georgischen Gesetzes über den Rundfunk“, Nr. 4525 und 4546

© Europäische Audiovisuelle Informationsstelle (Europarat) 2026

© Europäische Audiovisuelle Informationsstelle (Europarat) 2026